

# BESCHLUSS

---

des Präsidiums der FDP, Berlin, 4. Juni 2007

---

Das Präsidium der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 4. Juni 2007 beschlossen:

## Internationale Klimaschutzoffensive jetzt durchsetzen

Klimaschutz ist die herausragende umweltpolitische Herausforderung des 21. Jahrhunderts und eine der Kernaufgaben einer generationengerechten Politik. Alle Staaten dieser Welt sind aufgerufen, ihren Beitrag zum internationalen Klimaschutz zu leisten. Nur wenn wir heute gemeinsam handeln, werden nachfolgende Generationen akzeptable Lebensräume vorfinden. Angesichts absehbarer Langzeitkosten des Klimawandels ist dies auch eine wirtschaftspolitisch sinnvolle Investition.

Die FDP begrüßt daher die Beschlüsse des Europäischen Rates vom 8./9. März 2007 mit ihren Zielsetzungen zur Reduktion von Treibhausgasen, zum Ausbau erneuerbarer Energien und zur Verbesserung der Energieeffizienz.

Notwendig sind nun klare globale Ziele, eine G8-Innovationsoffensive für saubere Energie, wirksamerer Technologietransfer in die Schwellenländer und der Aufbruch zu einem Post-Kyoto-Abkommen mit verbindlichen Emissionsgrenzen.

Aktiver Klimaschutz kann nur mit neuen, innovativen Technologien erfolgreich sein. Um globale Kooperation voranzubringen und die Position als Technologiestandort für umweltrelevante High-Tech auszubauen und zu festigen, ist eine Vorreiterrolle Europas notwendig.

### 1. Die FDP will verbindliche und anspruchsvolle Ziele für mehr Klimaschutz

Globale Lösungen und langfristige multilaterale Ziele sind der Kern internationaler Klimaschutzpolitik. Verbindliche und anspruchsvolle ökologische Vorgaben sind unverzichtbar. Denn nur wenn es gelingt, Länder wie die USA, China und Indien mit ins Boot zu holen, werden wir den Klimawandel wirksam abmildern können.

Die FDP begrüßt Initiativen verschiedener G8+5-Staaten im Vorfeld des G8-Gipfels und hält ein weiter gehendes Verhandlungsmandat mit folgenden Festlegungen für zentral:

- Verpflichtende Ziele für die Emissionsbegrenzung unter Einschluss insbesondere auch der USA und anderer G8-Staaten sowie auch Chinas und Indiens für die Zeit nach 2012,
- Festlegung des Ziels, langfristig einen globalen Kohlenstoffmarkt zu schaffen und zugleich auf die Nutzung neuer Technologien und Technologietransfer zu setzen
- Abschluss der Verhandlungen auf der Ebene der Vereinten Nationen.

## 2. Die FDP fordert eine Innovationsoffensive für mehr Klimaschutz

Emissionsbegrenzende Klimaschutzpolitik, wie sie eine große Zahl von Staaten – allen voran die EU-Staaten – mit dem Kyoto-Protokoll verfolgen, und technologieorientierte Klimaschutzpolitik nach dem Beispiel der u. a. von den USA initiierten „Asia-Pacific-Partnership“ sind keine Widersprüche. Diese Prozesse zusammenzuführen, darin liegt der Schlüssel zu einem Erfolg der G8-Klimapolitik.

Der Kyoto-Prozess muss um eine globale Technologiezusammenarbeit ergänzt werden. Notwendig sind eine massive Verstärkung der Energieforschung, einen wirksamen Technologietransfer in die Schwellen- und Entwicklungsländer sowie eine stärkere Exportförderung im Bereich der erneuerbaren Energien – auch durch Partnerschaften zwischen G8-Staaten und geeigneten „Modellländern“ für den Einsatz erneuerbarer Energien.

Die Klimapolitik der FDP setzt auf mehr Energieeffizienz und einen umweltverträglichen, breiten Energiemix der Zukunft mit dem Ziel, die fossilen Energieträger nach und nach zu ersetzen.

Die Energieeffizienz ist die wichtigste Klimaschutz-Technologie. Die Potenziale liegen vor allem in der Wärmedämmung von Gebäuden und bei der Modernisierung der Heizanlagen, beim Kraftstoffverbrauch von Automobilen und bei Haushaltsgeräten. Statt dirigistischer Verbote sind marktwirtschaftliche Instrumente und bessere Verbraucherinformation vorzuziehen.

Die Potenziale der erneuerbaren Energien sind vor allem bei Wärme und Verkehr noch längst nicht ausgeschöpft. Zudem muss die Weltmarktführerschaft deutscher Unternehmen in der Solarindustrie für den Klimaschutz eingesetzt werden. Bei der Stromversorgung durch Photovoltaik oder Solarthermische Kraftwerke sollten wir Technologien in Deutschland weiterentwickeln und vermehrt im sonnenreichen Ausland einsetzen. Denn dort wird mit der Solarenergie mehr CO<sub>2</sub>-Einsparung zum gleichen Geld als in Deutschland erreicht.

Die Kernenergie ist als Übergangstechnologie im Strombereich notwendig. Mittelfristig ist ein Atomausstieg ohne Klimafolgen nicht möglich. Eine Laufzeitverlängerung ist erforderlich. Wir sollten modernste, intelligente und sichere Kerntechnik nicht anderen Industrieländern überlassen, sondern dabei sein, wenn Forschung, Wissenschaft, Sicherheitstechnologie und Umweltstandards in die Welt exportiert werden. Wenn die Laufzeiten verlängert werden, sollen die dadurch erzielten zusätzlichen Gewinne der Energieerzeuger in erheblichem Umfang in die Energieforschung investiert werden.

Die Kohleverstromung mit CO<sub>2</sub>-Abscheidung kann eine zentrale Zukunftstechnologie werden. Jetzt müssen die Voraussetzungen für die Einführung neuer Technologien geschaffen werden: in Forschung und Entwicklung, bei der Untersuchung von Lagerstätten, in der Ausgestaltung des Emissionshandels und im Umweltrecht.

### **3. Die FDP setzt auf marktwirtschaftliche Anreize für mehr Klimaschutz**

Wir brauchen einen marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen für mehr Klimaschutz. Der Klimaschutz erfordert globales und sektorübergreifendes Handeln. Die Vision ist ein globaler Kohlenstoffmarkt. Wer Kohlenstoff in Verkehr bringt, muss Emissionsrechte nachweisen. Dann werden Emissionsreduktionen so kostengünstig wie möglich erreicht – ohne sektorale Verzerrungen. Für den Klimaschutz ist es gleich, wo Treibhausgase eingespart werden.

Als Weg dorthin muss der europäische und internationale Emissionshandel weiterentwickelt werden. Der Emissionshandel ist das Instrument, das dem Anspruch an einen effizienten Klimaschutz mit marktorientierten Mitteln am besten gerecht wird.

Der Verkehr und der Wärmesektor sollten langfristig in den Emissionshandel einbezogen werden. Der Flugverkehr muss in den bestehenden europäischen Emissionshandel integriert und in globale Klimaschutzkonzepte eingebunden werden. Damit erübrigen sich sinnlose moralische Debatten über Urlaubsflüge oder aktionistische staatsorientierte Vorschläge wie eine Ticketabgabe.

Die FDP fordert von der Bundesregierung eine Initiative, dass die US-Bundesstaaten, die in Kürze ein Emissionshandelssystem einführen, dieses mit den europäischen Handel vernetzen können.

Die FDP fordert mehr Initiativen zur Umsetzung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern. Der Klimaschutz muss so betrieben werden, dass pro eingesetztem Euro so viel Treibhausgase wie möglich vermieden werden. Dafür muss in den Entwicklungsländern ein Ordnungsrahmen geschaffen werden, der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft garantiert.